

Ich sitze keinem Politbüro vor

Necla Kelek attackiert den von deutschen Stiftungen berufenen Sachverständigenrat für Integrationsfragen. Ihre Kritik zeigt, dass sie von Wissenschaft nichts mehr verstehen will.

Von Klaus J. Bade

Am 9. Mai hat Necla Kelek an dieser Stelle von einem Alptraum berichtet: In der Migrationsforschung gebe es ein allmächtiges, Wissenschaft, Politik und selbst seine Trägerstiftungen beherrschendes „Politbüro“. Dieser Moloch werde von einem „Generalsekretär“ dirigiert. Der Krake kontrolliere die Drittmittelförderung, eröffne bei Willfährigkeit Karrieren, vernichte sie bei Unbotmäßigkeit – ein Alptraum, aus dem der geschockte Leser geweckt werden müsse. Die Realität ist bescheiden und arbeitsreich, wie alles in der Wissenschaft. Aus Platzgründen können hier, pars pro toto, nur einige ihrer Einlassungen korrigiert werden.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) wurde Ende 2008 von acht großen privaten Stiftungen ins Leben gerufen, die sich seit langem auf dem Feld der Integration engagieren. Sie gründeten eine unabhängige und international besetzte Institution zur kritischen Politikbegleitung, deren neun Mitglieder die einschlägigen Disziplinen und Forschungsrichtungen abbilden.

Damit wurde eine Lücke geschlossen. Sie bestand seit der Abberufung des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) Ende 2004, der ein auf staatliche Initiative zustande gekommenes Gremium war. Der SVR aber ist nicht „staatlich alimentiert“. Er kommt vielmehr aus der Bürgergesellschaft, ist frei in seinen Beobachtungsfeldern, Fragestellungen und Schwerpunktsetzungen. Er ist inhaltlich unabhängig sogar von seinen Trägerstiftungen, die aber seinem Wirken auch nicht „hilflos gegenüberstehen“.

Die neun SVR-Mitglieder wurden von einer internationalen Findungskommission unter Leitung von Rita Stüssmuth ausgewählt. Die ersten, auf drei Jahre gewählten Sachverständigen sind die Professorinnen und Professoren Klaus J. Bade (Vorsitzender), Michael Bommes (†), Heinz Faßmann, Yasemin Karakasoglu, Christine Langenfeld, Ursula Neumann (stellvertretende Vorsitzende), Werner Schiffauer, Thomas Straubhaar und Steven Vertovec.

Grotesk sind die von Necla Kelek phantasierten Personal- und Sachmittel, die angeblich „mit hohen Millionenbeträgen in den Büchern“ stehen. Die Sachverständigen sind auch nicht in Personalunion „Entscheider, Durchführer und Gutachter der Projekte“. Projektmittel müssen vielmehr unter knallharten Konkurrenzbedingungen eingeworben werden. So kann nur jemand urteilen, der ganz weit weg ist von der Wissenschaft und ihren Fördereinrichtungen.

Der SVR beobachtet Migrations- und Integrationspolitik, begleitet ihre Entscheidungen und deren Umsetzung durch öffentliche Stellungnahmen und legt jeweils im Frühjahr ein Jahresgutachten vor. Alle Gutachten, Stellungnahmen und Berichte werden veröffentlicht. Nichts bleibt in dem magischen Dunkel, von dem Frau Kelek raunt. Wegen der erstrebten Breitenwirkung vermittelt der SVR seine Botschaften auf dem Weg über die Medien. Unsere Arbeit will und kann auch akademische und außerakademische Forschung in Sachen Migration und Integration nicht ersetzen. Sie erstrebt vielmehr über Expertisen enge Kooperation im gemeinsamen Interesse.

Integration ist besser als ihr Ruf

Im Mai 2010 legte der SVR unter dem Titel „Einwanderungsgesellschaft 2010“ sein erstes, umfangreiches Jahresgutachten über Integration und Integrationspolitik vor. Dazu gehörte auch das Integrationsbarometer, eine Befragung von 5600 Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Das Jahresgutachten kam zu einem verhalten positiven Ergebnis: Deutschland ist angekommen in der Einwanderungsgesellschaft. Dabei ist Integration besser als ihr Ruf im Land, auch im internationalen Vergleich.

Ausgeleuchtet wurden aber auch Problemzonen und soziale Spannungslagen in der „neuen Unterschicht“ mit und ohne Migrationshintergrund. Das galt vor allem für Bildung und Ausbildung sowie für die Vererbung von sozialen Startnachteilen und hoher Transferabhängigkeit zu Lasten des Wohlfahrtsstaates mit seinen zum Missbrauch offenen Flanken.

Das Integrationsgutachten 2010 bot ein klares Gegenbild zu dem von der Desintegrationspublizistik à la Kelek verbreiteten und zum Teil von der Politik populistisch nachvollzogenen Gejammer auf hohem Niveau über eine angeblich flächendeckend „gescheiterte Integration“. Das nationale und internationale vielbeachtete SVR-Gutachten brachte die Desintegra-

tionsindustrie für einige Monate zu verdrängtem Schweigen. Im Sommer 2010 kam dann mit der sogenannten Sarrazin-Debatte die Auferstehung der Legende von der „gescheiterten Integration“, diesmal mit dem besonderen Feindbild „Muslim“.

Was die überzogenen Thesen von Thilo Sarrazin angeht, so habe ich im Übrigen bereits Stunden nach Erscheinen des Vorabdrucks im Spiegel am 23. August in einem Pressestatement unmissverständlich Stellung bezogen: „Der Artikel von Thilo Sarrazin bringt dort, wo er recht hat, nichts Neues und dort, wo er neu ist, meist eine groteske Mischung von statistisch verbrämten Halbwahrheiten, Vorurteilen, Unterstellungen und unzulässigen Verallgemeinerungen.“

Die Folgen der Sarrazin-Debatte hat der SVR Ende 2010 untersucht: In den Meinungsspitzen bei der Zuwandererbevölkerung gab es Bestürzung, Ernüchterung und Integrationspessimismus an Stelle des noch Ende 2009 gemessenen Integrationsoptimismus. In der breiten Mitte der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund aber war eine belastbare, pragmatisch-nüchterne Differenzierung gewachsen. Sie zeigte zurückhaltend-abwägende Bewertungen von Integration und Integrationspolitik.

Im April 2011 hat der SVR sein zweites, nicht minder umfangreiches Jahresgutachten „Migrationsland 2011“ vorgelegt, das Zuwanderung, Ab- und Auswanderung sowie Migrationspolitik vor internationalem Hintergrund analysiert. Ergebnis: Um wirtschaftlich zukunftsfähig zu bleiben, braucht Deutschland die vielbeschworene, auch nachholend wirkende Bildungs- und Qualifikationsoffensive zur Erschließung aller verfügbaren Potentiale. Das allein aber reicht nicht mehr aus.

Hochqualifizierte sind willkommen

Das Land braucht zugleich flexible Steuerungskonzepte für eine bedarfsorientierte, das heißt am Arbeitsmarkt geerdete Förderung qualifizierter Zuwanderung. Wir können mit der Begrüßung größerer Zahlen von qualifizierten Zuwanderern in den Ausländerämtern nicht warten, bis die letzten unqualifizierten Arbeitslosen in den Jobcentern das Licht ausgemacht haben. Das sehen auch Teile der Bundesregierung heute nicht anders. Wenn ein solches Gesamtkonzept gelingt, könnte Deutschland als rasch alterndes und schrumpfendes Migrationsland im demographischen Wandel ein Modellprojekt werden.

Die Stimmungsgrundlage in der Bevölkerung für entsprechende Reformen ist da. Das zeigt das mit dem Jahresgutachten 2011 veröffentlichte Migrationsbarometer, das nach den Einschätzungen von Migration und Integrationspolitik auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft fragt: Eine deutliche Mehrheit von fast sechzig Prozent der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund ist für mehr Zuwanderung von Hochqualifizierten. Fast siebenzig Prozent der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund votieren gegen eine weitere Zuwanderung von Niedrigqualifizierten. Knapp die Hälfte der Deutschen ohne Migrationshintergrund sind für eine stärkere Aufnahme von Flüchtlingen, nur ein Drittel ist dagegen.

In der Politik kann man also damit aufhören, den Mangel an couragierter Gestaltungsbereitschaft in Sachen Migrations- und Flüchtlingspolitik hinter angeblichen Sorgen der Bürger zu verstecken. Die Urteilen in der Mehrheit klarsichtiger, als manche Politiker glauben. Wissenschaft kann aber nur Handlungsoptionen aufzeigen. Entscheiden muss die Politik – allen Vorstellungen Necla Keleks vom allmächtigen „Politbüro“ SVR und seinem „Generalsekretär“ zum Trotz.

Frau Kelek schmährt unser allgemein anerkanntes Barometer als eine nur „vermeintlich repräsentative Studie“. Es hätten nämlich von den Befragten „80,5 Prozent einen Migrationshintergrund, und nur der Rest von 19,5 Prozent“ gehöre zur Mehrheitsgesellschaft. Abgesehen davon, dass sie hier die Zahlen des Migrationsbarometers von 2011 mit denen des Integrationsbarometers von 2010 verwechselt, entgeht ihr damit das besondere Qualitätsmerkmal der SVR-Barometer: Durch eine überhöhte Migrantenstichprobe werden kleinteilige Analysen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund möglich, zum Beispiel nach Herkunftsgruppe oder sozialem Status. Die Auswertung erfolgt – ein kurzer Blick in die Jahresgutachten hätte dies gezeigt – getrennt für die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Bei gemeinsamer Auswertung wird entsprechend gewichtet. Das ist eine Standardprozedur der quantitativen empirischen Sozialforschung, die Kelek als studierter Soziologin und promovierter Erziehungswissenschaftlerin bekannt sein sollte.

Über die persönlichen Verunglimpfungen im Artikel hinweg blickt der scheinbar senile „verzweifelte“ Migrationsgreis Bade altersweise und gelassen auf Necla Kelek, die als Publizistin unter anderem davon lebt, immer wieder neue „Kontroversen“ vom Zaun zu brechen. Damit ist die offenkundig erstrebte „Kontroverse Kelek/Bade“ für mich erledigt.

Klaus J. Bade ist emeritierter Professor für Neueste Geschichte der Universität Osnabrück und Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).